LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
18. Wahlperiode

Drucksache 18/7646
zu Drucksache 18/7449
04. 10. 2023

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Wefelscheid (FREIE WÄHLER)
– Drucksache 18/7449 –

Kommunaler Vollzugsdienst in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/7449 –** vom 11. September 2023 hat folgenden Wortlaut:

Der Kommunale Vollzugsdienst (KVD) ist für die Gefahrenabwehr und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in unseren Kommunen zuständig. Hierzu gehört auch die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, wie etwa Ruhestörungen, Belästigungen der Allgemeinheit und die Verfolgung der Einhaltung von kommunalen Satzungen und Verordnungen. In kleineren Kommunen sind die kommunalen Vollzugsbeamten oft auch gleichzeitig Hilfspolizeibeamte und somit für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs zuständig.
Die immer weiter steigenden Anforderungen an unseren Kommunalen Vollzugsdienst schlagen sich auch in den von der Deutschen Polizeigewerkschaft – Landesverband Rheinland-Pfalz – vorgeschlagenen Aus- und Weiterbildungen nieder, um ein einheitliches Berufsbild zu erreichen.
Nach der gesetzlichen Konzeption des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes haben Ordnungsbehörden und Polizei ihre festen Aufgaben. Oft wird die Abgrenzung und Umsetzung in der Praxis aber als problematisch wahrgenommen, auch wegen Personalmangel auf beiden Seiten.
Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Kommunalen Vollzugsdienste gibt es derzeit in Rheinland-Pfalz (bitte tabellarische Aufstellung)?
2. Welche Vorgaben bestehen seitens des Landes Rheinland-Pfalz hinsichtlich Ausrüstung und Dienstkleidung?
3. Wie unterstützt das Land Rheinland-Pfalz den Verbesserungsbedarf bei der Ausbildung kommunaler Vollzugsbediensteter?
4. Wie steht die Landesregierung zur Ausstattung des Kommunalen Vollzugsdienstes mit Tasern?
5. Wie steht die Landesregierung zur Ausstattung des Kommunalen Vollzugsdienstes mit Bodycams?
6. Wie steht die Landesregierung zur Zulassung von Sondersignalen (Blaulicht und Martinshorn) für die Fahrzeuge des Kommunalen Vollzugsdienstes?
7. Wie steht die Landesregierung zum Zugang des KVD zum BOS-Digitalfunk oder sonstigen Ausstattung mit Funk, um etwa die Halterabfrage bei den örtlichen Polizeidienststellen zu ermöglichen bzw. zu erleichtern?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 6. Oktober 2023

E: 04.102.203
18/7646

RheinlandPfalz
MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

4. Oktober 2023

Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Wefelscheid (FREIE WÄHLER)
betr. „Kommunaler Vollzugsdienst in Rheinland-Pfalz"
- Drucksache 18/7449 -

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Zur Beantwortung der Frage wurde eine Abfrage der kommunalen Gebietskörperschaften durchgeführt. Die Antworten der Kreisverwaltungen, Stadt- (StV), Verbandsgemeinde- (VGV) und Gemeindeverwaltungen (GV) sind der Anlage zu entnehmen.

Zu Frage 2:

Vorgaben zur Dienstkleidung und zur Ausrüstung der kommunalen Vollzugsbediensteten ergeben sich aus den §§ 4 und 5 der Landesverordnung über die kommunalen Vollzugsbeamtinnen und kommunalen Vollzugsbeamten sowie die Hilfspolizeibeamtinnen und Hilfspolizeibeamten (KomVollzBV RP 2007). Nach § 4 Abs.

1 Satz 1 der Landesverordnung können die kommunalen Vollzugsbediensteten mit Dienstkleidung ausgestattet werden. Diese muss sich von derjenigen der Polizei deutlich unterscheiden. Soweit dies zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist, können die kommunalen Vollzugsbediensteten gemäß § 5 Abs. 1 der Landesverordnung mit Schlagstock, Handfesseln, Reizstoffsprühgeräten und Diensthunden ausgestattet werden.

Zu Frage 3:

Der zehnwöchige Ausbildungslehrgang für den kommunalen Vollzugsdienst an der Hochschule der Polizei (HdP) wurde optimiert und zwar in Form eines an die praktischen Ausbildungsbedarfe des kommunalen Vollzugsdienstes angepassten Modulplans. Die Basis bildeten die Ergebnisse einer bei der HdP eingerichteten Arbeitsgruppe, in welcher die Oberzentren, die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion als Landesordnungsbehörde und die kommunalen Spitzenverbände vertreten waren. Bereits seit 2021 wird der Ausbildungslehrgang entsprechend modifiziert durchgeführt. Die inhaltlichen und zeitlichen Anpassungen in Kombination mit einer verbesserten Verzahnung der einzelnen Themengebiete in Theorie und Praxis haben sich nach Einschätzung der HdP bewährt. Bei entsprechendem Bedarf an Ausbildungsplätzen werden jährlich zwei Ausbildungslehrgänge an der HdP angeboten. Dies gewährleistet eine qualitative und effektive Ausbildung und stellt sicher, dass die Mitarbeitenden der kommunalen Vollzugsdienste ihre dienstlichen Aufgaben kompetent bewältigen können.

Zu den Fragen 4 und 5:

Eine Ausstattung des kommunalen Vollzugsdienstes mit dem Distanzelektroimpulsgerät (DEIG, umgangssprachlich Taser) oder mit Körperkameras (Bodycams) sieht das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz nicht vor.

Zu Frage 6:

Im Rahmen der anstehenden Änderung der KomVollzBV RP 2007 soll das in § 5 Abs. 2 enthaltene sog. Blaulichtverbot gestrichen werden. Aufgrund der bundesrechtlichen Regelungslage in § 52 Abs. 3 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) können Fahrzeuge des kommunalen Vollzugsdienstes dann zwar nicht standardmäßig mit Sondersignalanlagen ausgerüstet werden. Nach Aufhebung des Blaulichtverbots in der Landesverordnung besteht für die Kommunen aber die Möglichkeit, gemäß § 70 StVZO bei dem Landesbetrieb Mobilität bei entsprechend nachgewiesenem Bedarf eine Ausnahme von der Vorschrift des § 52 Abs. 3 StVZO zu beantragen.

Zu Frage 7:

Im Rahmen der anstehenden Änderung der KomVollzBV RP 2007 sollen die landesrechtlichen Voraussetzungen für eine Teilnahme der kommunalen Vollzugskräfte am BOS-Digitalfunk geschaffen werden.

Michael Ebling

Anlage

	Frage 1:
	Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die kommunalen Vollzugsdienste gibt es derzeit in Rheinland-Pfalz?
Landkreis Ahrweiler	0
StV Bad Neuenahr-Ahrweiler	keine Rückmeldung
StV Remagen	keine Rückmeldung
StV Sinzig	2
GV Grafschaft	keine Rückmeldung
VGV Adenau	1
VGV Altenahr	3
VGV Bad Breisig	1
VGV Brohltal	keine Rückmeldung
Landkreis Altenkirchen	0
VGV Altenkirchen-Flammersfeld	2 (1,8 VZÄ)
VGV Betzdorf-Gebhardshain	1,5
VGV Daaden-Herdorf	1 (0,55 VZÄ)
VGV Hamm (Sieg)	1
VGV Kirchen	keine Rückmeldung
VGV Wissen	4 (2,75 VZÄ)
Landkreis Alzey-Worms	2
StV Alzey	6
VGV Alzey-Land	3
VGV Eich	2
VGV Monsheim	2
VGV Wonnegau	keine Rückmeldung
VGV Wöllstein	2
VGV Wörrstadt	4
Landkreis Bad Dürkheim	6 (4,66 VZÄ)
StV Bad Dürkheim	keine Rückmeldung
StV Grünstadt	2
GV Hassloch	4 (5 ab 01.10.23)
VGV Deidesheim	keine Rückmeldung
VGV Freinsheim	1,4
VGV Leiningerland	2
VGV Lambrecht (Pfalz)	keine Rückmeldung
VGV Wachenheim a.d. W.	1
Landkreis Bad Kreuznach	0
StV Bad Kreuznach	12
VGV Bad Kreuznach	1
VGV Kirner-Land	1,50
VGV Langenlonsheim-Stromberg	1,018
VGV Nahe-Glan	2
VGV Rüdesheim	keine Rückmeldung
Landkreis Bernkastel-Wittlich	keine Rückmeldung
VGV Bernkastel-Kues	4
GV Morbach	keine Rückmeldung
VGV Thalfang	keine Rückmeldung
VGV Traben-Trarbach	1,5
StV Wittlich	keine Rückmeldung
VGV Wittlich-Land	keine Rückmeldung
Landkreis Birkenfeld	0
StV Idar-Oberstein	5
VGV Baumholder	2
VGV Birkenfeld	2
VGV Herrstein-Rhaunen	2
Landkreis Cochem-Zell	1
VGV Cochem	2
VGV Kaisersesch	1
VGV Ulmen	1,5
VGV Zell	2 x 0,5
Landkreis Donnersbergkreis	9,5 (0,5 Festanstellung, 9 Personen ehrenamtlich)
VGV Eisenberg (Pfalz)	4

VGV Göllheim	0,35
VGV Kirchheimbolanden	1
VGV Nordpfälzer Land	2
VGV Winnweiler	keine Rückmeldung
Eifelkreis Bitburg-Prüm	keine Rückmeldung
VGV Arzfeld	keine Rückmeldung
StV Bitburg	1
VGV Bitburger Land	2
VGV Südeifel	1,8
VGV Prüm	0
VGV Speicher	0,5
Landkreis Germersheim	keine Rückmeldung
StV Germersheim	3
StV Wörth	2
VGV Bellheim	0,5
VGV Hagenbach	keine Rückmeldung
VGV Jockgrim	keine Rückmeldung
VGV Kandel	2
VGV Lingenfeld	1
VGV Rülzheim	2 (1,0 VZÄ)
Landkreis Kaiserslautern	33
VGV Bruchmühlbach-Miesau	2 (1,5 VZÄ)
VGV Enkenbach-Alsenborn	keine Rückmeldung
VGV Landstuhl	5
VGV Otterbach-Otterberg	1
VGV Ramstein-Miesenbach	2
VGV Weilerbach	2
Landkreis Kusel	keine Rückmeldung
VGV Kusel-Altenglan	keine Rückmeldung
VGV Lauterecken-Wolfstein	keine Rückmeldung
VGV Oberes Glantal	keine Rückmeldung
Landkreis Mainz-Bingen	3
StV Bingen am Rhein	8
GV Budenheim	2
StV Ingelheim	9
VGV Rhein-Nahe	1
VGV Bodenheim	3 (1,15 VZÄ)
VGV Gau-Algesheim	3 (davon 2 in geringfügiger Beschäftigung)
VGV Nieder-Olm	2
VGV Rhein-Selz	3
VGV Sprendlingen-Gensingen	2
Landkreis Mayen-Koblenz	0
StV Andernach	keine Rückmeldung
StV Mayen	4 (davon 2 in geringfügiger Beschäftigung)
StV Bendorf	3
VGV Pellenz	3 (1,5 VZÄ und 1 in gerinfügiger Beschäftigung)
VGV Maifeld	keine Rückmeldung
VGV Vordereifel	keine Rückmeldung
VGV Mendig	3
VGV Rhein-Mosel	2 (1,0 VZÄ)
VGV Vallendar	5
VGV Weißenthurm	6
Landkreis Neuwied	0
StV Neuwied	8
VGV Asbach	2 mit zusammen 30 Stunden
VGV Bad Hönningen	1 (in geringfügiger Beschäftigung)
VGV Dierdorf	1
VGV Linz	2
VGV Puderbach	1
VGV Rengsdorf-Waldbreitbach	1,5
VGV Unkel	3 (0,9 VZÄ)
Landkreis Rhein-Hunsrück-Kreis	0
StV Boppard	2
VGV Hunsrück-Mittelrhein	11 (2 Vollzeit, 9 Ergänzung)
VGV Kastellaun	5 (mit insg. 67 Wochenstunden)
VGV Kirchberg	3 (2 x 0,5 VZÄ, 1 x 5 Std/Woche)
VGV Simmern-Rheinböllen	3 (2 Vollzeit, 1 Teilzeit)

Landkreis Rhein-Lahn-Kreis	0
StV Lahnstein	keine Rückmeldung
VGV Bad Ems-Nassau	2
VGV Loreley	keine Rückmeldung
VGV Diez	keine Rückmeldung
VGV Aar-Einrich	2
VGV Nastätten	0,75
Landkreis Rhein-Pfalz-Kreis	keine Rückmeldung
GV Bobenheim-Roxheim	keine Rückmeldung
GV Böhl-Iggelheim	keine Rückmeldung
GV Limburgerhof	1
GV Mutterstadt	keine Rückmeldung
StV Schifferstadt	4
VGV Dannstadt-Schauernheim	3
VGV Römerberg-Dudenhofen	2
VGV Lambsheim-Heßheim	keine Rückmeldung
VGV Maxdorf	1,5
VGV Rheinauen	3
Landkreis Südliche Weinstraße	1
VGV Annweiler	0,5
VGV Bad Bergzabern	2 (1,0 VZÄ)
VGV Edenkoben	3
VGV Herxheim	2
VGV Landau-Land	0,35
VGV Maikammer	1
VGV Offenbach a.d. Queich	0,5 (ab 01.01.2024 1,12 VZÄ)
Landkreis Südwestpfalz	2
VGV Dahner Felsenland	keine Rückmeldung
VGV Hauenstein	1
VGV Pirmasens-Land	keine Rückmeldung
VGV Rodalben	2 (0,5 VZÄ)
VGV Thaleischweiler-Wallhalben	1
VGV Waldfischbach-Burgalben	0,53
VGV Zweibrücken-Land	1
Landkreis Trier-Saarburg	keine Rückmeldung
VGV Hermeskeil	3
VGV Konz	1,3
VGV Ruwer	1 (derzeit nicht besetzt)
VGV Saarburg-Kell	keine Rückmeldung
VGV Schweich	3
VGV Trier-Land	1,5
Landkreis Vulkaneifel	0
VGV Daun	1
VGV Gerolstein	2
VGV Kelberg	0
Landkreis Westerwaldkreis	0
VGV Bad Marienberg	0,5
VGV Hachenburg	1
VGV Höhr-Grenzhausen	2
VGV Montabaur	2
VGV Ransbach-Baumbach	2
VGV Rennerod	3
VGV Selters	2
VGV Wallmerod	0
VGV Westerburg	2 (1,5 VZÄ)
VGV Wirges	3 (0,6 VZÄ)
StV Frankenthal (Pfalz)	10
StV Kaiserslautern	23
StV Koblenz	44
StV Landau in der Pfalz	10,5 + 3 zusätzliche Kräfte zur Unterstützung
StV Ludwigshafen a. Rhein	48 Stellen, 33 derzeit besetzt
StV Mainz	65 Stellen, 54 derzeit besetzt

StV Neustadt an der Weinstraße	10
StV Pirmasens	5
StV Speyer	9
StV Trier	18
StV Worms	keine Rückmeldung
StV Zweibrücken	8